

Susanne Lettow

Endlich Ordnung in der Werkzeugkiste. Zum Potenzial der Foucaultschen Diskursanalyse. Bericht vom Workshop an der Freien Universität Berlin, 29.4.-30.4.2005

Längst ist »Diskursanalyse« in den Sozial- und Kulturwissenschaften zu einem methodischen Schlagwort geworden, mit dem durchaus heterogene Vorgehensweisen und Projekte bezeichnet werden. Es besteht kaum Einigkeit darüber, was der schon bei Foucault in unterschiedlichen Verwendungen auftauchende Diskursbegriff genau bezeichnet, schon gar nicht darüber, was es heißt, einen Diskurs zu analysieren. Da Foucault selbst nicht auf die Etablierung einer fertigen Methode aus war, sondern vorgeschlagen hat, seine Schriften als »Werkzeugkiste« zu benutzen, ist dies weder verwunderlich noch unbedingt problematisch. Der Versuch, »endlich Ordnung« in die Werkzeugkiste zu bringen, den der von Brigitte Kerchner geleitete Berliner Workshop (veranstaltet vom *Otto-Suhr-Institut für Politikwissenschaft der Freien Universität Berlin* und der *Hans-Böckler-Stiftung*) unternahm, zielte denn auch nicht darauf, nun alle Divergenzen zu klären und zu bereinigen. Im Zentrum stand vielmehr eine methodische Selbstreflexion aus unterschiedlichen theoretischen und disziplinären Perspektiven mit dem Ziel, Potenziale und Grenzen des jeweiligen Werkzeuggebrauchs zu beleuchten um einem »discursive imperialism« (Ian Parker) entgegenzuwirken. Besonders für die Politikwissenschaft wurde damit Neuland betreten, denn wie Brigitte Kerchner eingangs betonte, gibt es hier zwar seit langem eine »untergründige Wirkung« Foucaults, kaum aber eine explizite Auseinandersetzung mit ihm.

Diese wurde zunächst durch die Beiträge von Michael Reisigl (Wien/Berlin) und Rainer Diaz-Bone (Berlin) aufgenommen. Reisigl führte in die thematische und methodische Ausrichtung des Wiener Ansatzes der Diskursanalyse ein, den er zusammen mit Ruth Wodak u.a. entwickelt hat. Ausgehend von Analysen zum

Umgang mit der NS-Vergangenheit, zu Rechtspopulismus, Fremdenfeindlichkeit und Rassismus in Österreich sowie, seit den ausgehenden 90er Jahren, zu Themen der EU-Integration, hat sich eine Variante der kritischen Diskursanalyse herausgebildet, die einen explizit gesellschaftspolitischen Anspruch anmeldet. Ziel sei es, Kommunikationsverhältnisse in bestimmten Institutionen wie Schulen, Krankenhäusern etc. zu verbessern. Diskurs, so führte Reisigl aus, werde als »Komplex von Sprachhandlungen« verstanden, in den gestaltend eingegriffen werden kann. Mit diesem aufklärerischen Anspruch begibt sich diese Form der Diskursanalyse durchaus auch in die Nähe der Habermas'schen Kommunikationstheorie. Zudem impliziert die starke Operationalisierung ein plurales, z.T. geradezu eklektizistisches Methodenverständnis, wobei sprachwissenschaftliche, insbesondere soziolinguistische Einflüsse, besonders prägnant sind. Im Gegensatz zu dieser methodisch offenen Konzeption plädierte Diaz-Bone für eine kohärente Methodologisierung der Diskursanalyse. Zwar solle damit kein »fertiges Set von Regeln« etabliert werden, wohl aber eine reflexive Ebene in den Forschungsprozess eingezogen werden, die es ermöglicht, die eigene Arbeit an der Konstitution wissenschaftlicher Objekte analytisch zu betrachten. Trotz ihres methodologischen Potenzials, so Diaz-Bone, sei die Diskursanalyse für die sozialwissenschaftliche Forschung allein jedoch nicht ausreichend. Viel versprechend sei daher eine Theoriesynthese zwischen Foucault und Bourdieu. Denn einerseits fokussiere Bourdieu stärker als Foucault das Verhältnis von Diskurs und Praxis, andererseits mache der gemeinsame strukturalistische Hintergrund beide Ansätze miteinander kompatibel.

Nach diesen eher abstrakt-methodologischen Reflexionen, die in unterschiedlicher Weise die Frage nach dem Verhältnis von Subjekt und Diskurs, Struktur und Handlungsfähigkeit aufwarfen, widmeten sich die übrigen Beiträge der Tagung der Erprobung und Explikation der Foucault'schen Werkzeuge anhand exemplarischer Analysen. So rekonstruierte Petra Gehring (Darmstadt) das »Methodenprogramm«, das Foucault in der *Archäologie des Wissens* entwirft, am Beispiel des Diskurses der Bioethik. Ausgehend von den dort konzipierten Achsen der Analyse, zeigte sie, inwiefern die Bioethik in einem methodisch strengen Sinn als Diskurs bezeichnet werden kann. Denn einerseits wird vor dem Hintergrund der Biowissenschaften ein spezifischer Objektbereich konstituiert, der durch den Begriff des Lebens umrissen ist und »bioethische Objekte« wie »den Kinderwunsch« oder den »Wunsch zu sterben« etabliert. Zudem werden die Äußerungsmodalitäten, die festlegen, wer zum Sprechen autorisiert wird, im Fall der Bioethik durch die Positionen »des Ethikers«, »des/der Experten« sowie »des/der Betroffenen« konstituiert. Als spezifische Orte der Aussage fungieren Bioethik-Institute, sowie Medien einer wissenschaftsnahen Teilöffentlichkeit, und schließlich kommt es zur Bildung neuer Begriffe wie »Wert«, »Würde« oder »Risiko«. Gehring machte deutlich, dass die abstrakten methodischen

Konzepte Foucaults durchaus für konkrete Untersuchungsgegenstände fruchtbar gemacht werden können, wies jedoch darauf hin, dass für die Analyse einer diskursiven Formation immer auch eine gewisse historische Distanz notwendig sei. Auch Sonja Palfner (Berlin), die Bundestagsdebatten zu Gen- und Reproduktionstechnologien in den 80er Jahren untersucht hat, orientierte sich an Foucaults *Archäologie* und der »Aussage« als Grundeinheit der Analyse. Aussagen, so Palfner, ordnen Wissen an und es sind daher diese Artikulationen von Wissen, die im Zentrum der Analyse stehen sollten. Da dies aber immer schon eine Abstraktion vom Material voraussetzt, stellt sich in jedem Forschungsprozess das Problem, was überhaupt als »Aussage« in den Blick gerät und als solche benannt wird. Palfner schlug vor, ausgehend von der jeweiligen Fragestellung eigene Kategorien zu bilden, mit denen Aussagen dann analysiert werden können. In ihrem Kommentar zu Gehring und Palfner wies Anne Waldschmidt (Köln) allerdings darauf hin, dass die Einführung des Begriffs der Kategorie möglicherweise nur zu einer Problemverschiebung nicht aber zu einer prinzipiellen Lösung des problematischen Verhältnisses zwischen Material und Abstraktion führe. Insgesamt betonte sie, dass an Foucaults Forschungspraxis anzuschließen nicht bedeute, einer einheitlichen Methode zu folgen, sondern den von ihm aufgezeigten Zusammenhängen von Macht, Wissen und Subjektivität nachzugehen. Um die Machtwirkungen von Diskursen zu begreifen sei es dabei auch wichtig, sich nicht nur an hegemonialen Diskursen zu orientieren, sondern auch »Gegendiskurse« sozialer Bewegungen einzubeziehen.

Welche Probleme sich dabei im Kontext empirischer Sozialforschung ergeben können, diskutierte Barbara Drinck (Berlin), die die Frage aufwarf, inwieweit die Arbeit mit qualitativen Interviews sinnvoll mit einer Diskursanalyse verbunden werden kann. In ihrer erziehungswissenschaftlichen Studie zu neuen Vätern hat sie untersucht, welche Konzepte von Vaterschaft Väter heute haben und wie ein bestimmtes Vater-Wissen mit der Gestaltung der eigenen Praxis beziehungsweise mit Selbstzuschreibungen korreliert. Der Vergleich von zeitgenössischen Diskursen über den Vater mit Ergebnissen der Interviewauswertung machte deutlich, dass Diskurse und Selbstausagen keineswegs übereinstimmen. Denn weder scheinen die medial vermittelten Vaterkonzepte besonders prägend zu sein, noch lässt sich die in der erziehungswissenschaftlichen Forschung zentrale – positive oder negative – Orientierung am »traditionellen Vater«, der für die finanzielle Absicherung der Familie zuständig und ein Komplement zur Mutter ist, nachweisen. Drincks Diagnose einer Diskrepanz zwischen subjektiven Äußerungen und Diskursen führte im Weiteren zu einer Diskussion um den Status von Subjektivität beziehungsweise das Verhältnis von Diskurs und Subjekt, zumal dies auch ein zentraler Aspekt des Beitrags von Claudia Bruns war. Ausgehend von ihrer Untersuchung des Männerbund-Diskurses in der Jugendbewegung zu Beginn des 20. Jahrhunderts hob Bruns (Trier) hervor,

dass das Potenzial der Diskursanalyse vor allem in der Verknüpfung von Macht, Wissen und Subjektivität liegt. Sie zeigte, inwiefern sich die Diskursanalyse durch diese Verknüpfung und eine Reformulierung der drei traditionellen Konzepte insbesondere auch für die Geschichtswissenschaft als brisant erweist. Denn im Gegensatz zur Ideengeschichte frage sie nach der strategischen Bedeutung von Wissen in einer spezifischen Situation. Zudem werde Macht bei Foucault nicht mehr nur im Kontext von Institutionen und Interessengruppen behandelt, sondern als gleichzeitig individuell und gesellschaftlich wirksam begriffen, so dass in der Konsequenz auch Prozesse der Subjektconstitution als Teil politischer Prozesse verstanden werden können. Mit dem erweiterten Politikbegriff, mit dem Foucault arbeite, lasse sich z.B. in Bezug auf den Männerbund-Diskurs, der männliche Subjektivität mit dem Führerprinzip artikuliert, die Verknüpfung von Selbstregierung und Regierung anderer aufzeigen. Im Anschluss daran hob Achim Landwehr (Düsseldorf) zustimmend hervor, das kritische Potenzial der Diskursanalyse liege darin, Macht als Movens von Diskursen zu begreifen, die daher immer umkämpft seien und eine Vielfalt von Eingriffsmöglichkeiten böten. Freilich sei im Forschungsprozess eine gewisse Selbstreflexivität notwendig, die sich dem Problem stellt, inwiefern Diskursanalyse allererst jene Diskurse, die sie analysieren will, hervorbringt.

Eine explizit nicht an Foucault orientierte Perspektive führte Julia Lepperhoff (Berlin/Brandenburg) in die Debatte ein. Im Kontext der *Policy*-Forschung begreife sie Diskurse als »themenspezifische Debatten«, die in der politischen Öffentlichkeit von spezifischen Akteuren geführt werden. Ausgehend von der Analyse gesundheitspolitischer Reformdiskussionen in Frankreich und Deutschland 1990-2003 zeigte Lepperhoff, wie mit einem solchen Diskursbegriff konzeptionelle Defizite bisheriger Sozialstaatsforschung vermieden werden können. Denn Sozialstaatstypologien blenden Akteure und Konflikte, sowie Differenzen zwischen Ländern eines »Typs« völlig aus, während neo-institutionalistische Ansätze, die Institutionen als Handlungskorridore begreifen, sozialpolitischen Wandel nur entlang von Institutionenwandel fassen. Die *Policy*-Forschung orientiert sich dagegen zwar an Akteuren und Handlungen, versteht diese aber, in ihrer konventionellen Form, nur rationalistisch als durch Interessen und Kosten-Nutzen-Kalküle bestimmt. Die Einführung des Diskursbegriffs ermöglicht es hingegen, die Produktion von politisch relevanten Deutungsmustern zu analysieren. Ein Vergleich nationaler Diskursmuster kann, so Lepperhoff, zeigen, wie unterschiedliche Inhalte zum Gegenstand politischer Diskussion werden, aber auch wie solche Muster länderübergreifend funktionieren. Aus der Perspektive der Gouvernementalitätsstudien und wiederum eng an Foucault orientiert unterzog Susanne Krasmann (Hamburg) das vom Bonner Strafrechtler Günther Jakobs formulierte Konzept des Feindstrafrechts einer Analyse und Kritik. Indem Jakobs den strafrechtlichen Begriff des Verbrechers gegen den

des Feindes ersetzt, entwirft er, so Krasmann, eine »kriegerische Innenpolitik«, die im Kontext einer Renaissance souveräner Macht und einer »postsozialen« Kriminologie zu deuten sei. Dabei werde das Normalisierungsansinnen, das Kriminalpolitik seit dem ausgehenden 19. Jahrhundert als Sozialpolitik konstituiert hatte, zugunsten von Risikomanagement und preemptiven Strategien aufgegeben. Dies bedeute eine Verschiebung des Gegenstandes der Kriminologie, sofern nicht mehr die Tat und die Störung das zentrale Ereignis sind, sondern die zeitlich der Tat vorgelagerte Intervention selbst. Konstitutiv für eine solche postsoziale Kriminologie ist dabei, wie Krasmann ausführte, eine diffuse Bedrohungslage und die Konstruktion eines Feindes, der nur mit Mitteln des Krieges und des Ausnahmezustands zu bekämpfen ist. Zwar zielt das »Feindstrafrecht« im Endeffekt auf ein Außerkraftsetzen von Rechtsstaatlichkeit, doch handelt es sich nicht allein um ein juridisches Problem. Vielmehr sei es als »Programm« im Foucaultschen Sinn und damit als »performativ« zu verstehen. Das heißt es zielt auf eine Veränderung von gesellschaftlichen Praktiken und Verhältnissen. Angesichts der divergierenden Diskursbegriffe, die die Analysen von Krasmann und Lepperhoff leiten, wies Marianne Pieper (Hamburg) darauf hin, dass eine vereinheitlichende Kanonisierung von Foucault weder möglich noch wünschenswert sei. Gleichwohl gelte es, sich über den performativen Charakter des jeweiligen theoretischen Zugangs Rechenschaft abzulegen, da damit festgelegt wird, was überhaupt intelligibel ist.

Verbindungslinien zwischen Kritischer Theorie und Foucault zeigten abschließend die Beiträge von Angelika Magiros (Marburg) und Wolf-Dieter Narr (Berlin) auf. Dabei ging Margiros der Frage nach, wie mit Foucault Fremdenfeindlichkeit und Rassismus begriffen werden können. Insbesondere gegen liberale Kritiken, die diese Ideologien als irrationalen, vormodernen »Rest« betrachten, führte Magiros die Identitätskritik, die Foucault in der *Ordnung der Dinge* formuliert, ins Feld. Vor diesem Hintergrund lasse sich Fremdenfeindlichkeit, das heißt die Abwehr all dessen und derer, die als anders und fremd erscheinen, im Kontext des modernen Versuchs verstehen, Endlichkeit zu überwinden. Gleichwohl sei mit dem Neo-Rassismus seit den 80er Jahren, der kulturalistisch statt biologisch argumentiert, die postmoderne Identitätskritik an eine Grenze gestoßen. Die Ideologie des Neo-Rassismus sei denn auch besser mit Horkheimers und Adornos Positivismuskritik als mit Foucault zu kritisieren, da sie – quasi positivistisch – Faktisches wiederhole und ohne darüber hinausgehende Wahrheitsbehauptungen auskomme. Dabei sei die Identitätskritik Foucaults mit der von Horkheimer und Adorno durchaus kompatibel, werde also in dieser Synthese aufgehoben. Abschließend widmete sich Wolf-Dieter Narr der Frage, was eigentlich das »Faszinosum« von Foucault ausmache. Aus einer Perspektive, die Kritische Theorie mit Elementen von Max Weber, Hannah Arendt und Nietzsche verbindet, hob er insbesondere drei Operationen Foucaults hervor.

So sei die Nietzsche beerbende Methode der Genealogie geeignet, »versteinerte Verhältnisse« in Bewegung zu bringen, da sie es ermöglicht, nach Entstehungsprozessen z.B. von Staatlichkeit zu fragen. Zweitens nehme Foucault eine Universalisierung des Machtbegriffs vor, die es – wie schon bei Weber – erlaube, Macht in ökonomischen Verhältnissen, in Bürokratie, in Fragen von Budgetierungen etc. aufzuspüren. Darüber hinaus habe Foucault, indem er den Körper als Element von Machtausübung begreife, auf eine zentrale Dimension des modernen Staates verwiesen, dessen Gewaltmonopol immer schon die Todesdrohung impliziert. Schließlich habe Foucault eine Kritik moderner Subjektivität, in der das Subjekt zum *subjectum* werde, formuliert, die wiederum starke Parallelen zu Weber und Adorno aufweist. Über diese hinaus habe er jedoch neue Themen wie Medizin, Kriminologie und Sexualität der politikwissenschaftlichen Analyse zugänglich gemacht. Methodisch, so Narr, arbeite Foucault synkretistisch und das »Lob des Synkretismus« sei daher auch die produktivste Art, an ihn anzuschließen.

Auch bezogen auf die Foucault-Rezeption lässt sich im Anschluss daran festhalten, dass die Heterogenität der Lesarten und Gebrauchsweisen des Foucault'schen Instrumentariums keineswegs ein Zeichen für ihre Unbestimmtheit ist. Vielmehr hat der Workshop gezeigt, dass und wie sich die »Werkzeuge« in immer wieder neuen Erkenntnisprojekten und theoretischen Konstellationen fruchtbar machen lassen und spezifische Einsichten ermöglichen, auf die kritische Sozial- und Kulturwissenschaften nicht verzichten können. Über die Betonung der Vielfältigkeit hinaus wäre es jedoch – in Fortführung der Debatte – wünschenswert, stärker in einen produktiven Streit über die unterschiedlichen Theorie-Allianzen, die mit Foucault hergestellt werden und die unterschiedlichen Perspektiven, die damit verbunden sind, einzutreten. Dies würde auch bedeuten, mehr denn nach einer Methodologisierung nach den Grenzen von Diskursanalyse(n) zu fragen – denn schließlich bleibt eine kritische Methode nur kritisch und widersetzt sich der Kanonisierung, sofern sie sich in der Auseinandersetzung mit dem eigenen Ungedachten weiterentwickelt.

Politische Kommunikation in Europa. Theorie und Praxis im Internationalen Graduiertenkolleg »Politische Kommunikation«

»Unterschichtenfernsehen« – mit diesem Begriff titulierte der »Late-Night-Talker« Harald Schmidt Anfang dieses Jahres die deutschen Privatsender und ihr Publikum. So innovativ der Begriff die zunehmende Oberflächlichkeit der Programmgestaltung im ersten Jahrzehnt des 21. Jahrhunderts zu beschreiben schien, so wenig neu war er jedoch an sich. Bereits 1996 charakterisierte die Satirezeitschrift »Titanic« den Sender SAT1 entsprechend, doch im Bewusstsein einer breiteren Bevölkerungsschicht setzte sich der Begriff erst durch die erneute Verwendung durch Harald Schmidt fest.¹ Ein aktuelles Beispiel für die Karriere eines Begriffs und für die Kontextualisierung von sprachlichen Äußerungen in der Presselandschaft.

Die historische Forschung der deutschsprachigen Länder hat spätestens mit dem »linguistic turn« eine größere Sensibilität und ein schärferes Bewusstsein für Sprache entwickelt;² neuere Studien untermauern die anhaltende Attraktivität von Sprach- und Kommunikationstheorien.³ Doch die Differenzierung zwischen Quellsprache und modernen Begrifflichkeiten ist keine Innovation, denn letztendlich greift die Forschung damit Interessen auf, die sich bis in die Frühe Neuzeit zurückverfolgen lassen. Schon Thomas Hobbes hatte auf die Mehrdeutigkeit und Wandelbarkeit von Begriffen hingewiesen und mit der Aufklärung entbrannte der »semantische Kampf« um »Zukunftsbegriffe« und Leitbegriffe.⁴ Im 19. Jahrhundert hob Wilhelm von Humboldt die Bedeutung von Sprache hervor, die »an und für sich selbst (...) ein wichtiges und gemeinnütziges Studium«⁵ sei.

Im frühen 20. Jahrhundert waren es dann Vertreter der französischen »Annales«-Schule, die die Wichtigkeit linguistischer Fragestellungen betonten und Untersuchungen zur Bedeutung historischer Schlüsselwörter forcierten.⁶ Diese Traditionen sowie die grundlegenden Arbeiten von Otto Brunner oder auch historisch-hermeneutisch ausgerichtete Arbeiten wie jene von Hans-Georg Gadamer begründeten

die »Historische Semantik«, deren herausragendes Projekt im deutschsprachigen Raum die von Otto Brunner, Werner Conze und Reinhart Koselleck herausgegeben »Geschichtlichen Grundbegriffe«⁷ sind. Auf der Basis historisch-semantischer Ideen entwickelte sich ab den 1970er Jahren die eng mit dem Namen Kosellecks verbundene »Begriffsgeschichte«. Koselleck selbst bezeichnete diese 1998 als »reflektierten Historismus«; Ziel sei es, die »in den sprachlichen Primärzeugnissen enthaltene Erfahrungssammlung« zu ermitteln und »entlang den Quellen die primären Erfahrungselemente in ihrer sprachlichen Artikulation« aufzuspüren.⁸

Zeitlich und theoretisch weitgehend parallel zur »Begriffsgeschichte« bildete sich die »New Intellectual History« heraus,⁹ die Ansätze der Ideengeschichte aufgriff und vor allem aus den angloamerikanischen Ländern Impulse auch für die historische Forschung auf dem europäischen Kontinent brachte.¹⁰ Wichtige Vertreter dieser Forschungsrichtung sind Quentin Skinner und John Pocock, gleichzeitig Begründer einer als »Cambridge School« titulierten Richtung. Hintergrund ihrer Theorien und Arbeiten war die Kritik an der traditionellen Ideen- und Philosophiegeschichte in Cambridge.¹¹ Den »linguistic turn« verarbeitend sowie zeitgenössische sprachwissenschaftliche Theorien (Austin, Searle) aufgreifend forderten Skinner und Pocock, einerseits sprachliche Äußerungen und Begriffe, andererseits aber auch die Beiträge zu einem Diskurs¹² und deren politische Theorien vor dem Hintergrund des jeweiligen politischen, sozialen und linguistischen Kontextes zu sehen und zu interpretieren.¹³ Diese – »method of contextual reading«¹⁴ genannte – Lesart von Kommunikation in der Geschichte versuchte somit vor allem, das politische und intellektuelle Milieu zu erfassen, in dem Ideen entstanden.¹⁵

In seinem bereits 1969 erschienenen programmatischen Aufsatz *Meaning and Understanding in the History of Ideas*¹⁶ untermauerte Quentin Skinner seine Theorien mit Negativbeispielen historischer Analyse – etwa die Entstellung der Intentionen eines Autors durch anachronistische Rückschlüsse oder die nachträgliche Konstruktion von Kohärenzen im Gesamtwerk eines Autors. Skinner dagegen betonte, dass bei der Untersuchung kommunikativer Prozesse die verschiedenen Rezeptionsebenen von sprachlichen Äußerungen zu berücksichtigen seien. Zudem verwies er auf die zweifache Bedeutung eines Sprechakts, als »lokutionärer« (Beschreibung eines Sachverhalts) und »illokutionärer« Akt (bestimmte Absicht hinter einer Handlung oder Äußerung).¹⁷ John Pocock schloss ganz ähnlich gelagerte Forschungen zur Kontextualisierung von Sprache ab; gleichzeitig galt sein Forschungsinteresse zudem den »political languages«, in denen sich für ihn Politik vollzog und über deren diachronen Vergleich sowie deren Mutation er Veränderungen des politischen Diskurses und der politischen Konzepte herausarbeitete.¹⁸

Eine weitere fundamentale Kritik der »New Intellectual History« an der politischen Ideengeschichte richtete sich gegen die prominente Stellung der »großen Den-

ker«, die dafür gesorgt hätte, dass sich ein regelrechter Kanon »wichtiger Werke« herauskristallisieren konnte. Parallelen zum Vorwurf der »Historischen Seminativik« werden offenkundig, deren Vertreter ebenfalls die Beschäftigung mit Texten abseits der so genannten »Höhenkammliteratur« gefordert hatten.

Theoretische Ansätze des Internationalen Graduiertenkollegs

Auf dem Boden der »Begriffsgeschichte« und der »New Intellectual History«, aber auch systemtheoretischer Ansätze von Niklas Luhmann und der »Annales«-Schule begann im Dezember 2004 das Internationale Graduiertenkolleg (IGK) »Politische Kommunikation« seine Arbeit, getragen von den Universitäten Frankfurt am Main, Innsbruck, Bologna und Trient.¹⁹

Die grundlegende Forschungsthese des IGK lautet, dass es »so etwas wie europäische Grundlinien politischer Kommunikation« von der Antike über Alteuropa bis in die politische Gegenwart gegeben habe.²⁰ Sprache und historische Wirklichkeit werden in einem engen wechselseitigen Verhältnis gesehen, letztere konstituiert sich bis zu einem gewissen Grad in und durch Sprache. Sprache ist damit auch Indikator für die Veränderung von historischer Realität, ist Ausdruck sozial-gesellschaftlicher Konzepte.²¹ Ziel des IGK ist es, Konflikte um gesellschaftliche Orientierungsleistungen und den Wandel von Normen in allen sprachlichen und zeichenhaften Erscheinungsformen zu analysieren und politische Kommunikation, politische Sprachen und Herrschaftslegitimationen in den Radius der Betrachtung zu rücken. Am besten greifbar werden solche Kommunikationen in Debatten und Auseinandersetzungen über die »gerechte Ordnung« in den einzelnen Epochen. »Politische Orientierungsleistungen«, so die Hypothese, »aus denen die politische Legitimität bestimmter Ordnungs- und Herrschaftsformen abgeleitet wird, werden immer dann gefordert, wenn der interne Problemdruck sozialer Gruppen übermächtig wird.«²² In diesem Sinne wird Herrschaft von den Zeitgenossen daran gemessen und in ihrer Legitimität begründet, inwieweit betroffene soziale Gruppen und Minderheiten ethisch integriert werden können; Typen der Herrschaftslegitimation werden so vergleichbar.

Die Forschungen des IGK sind zwei Schwerpunkten zugeordnet. Zum einen steht der Konflikt um Normen im Mittelpunkt, der die politische Kommunikation prägte und dem sich jede Epoche stellen musste; das Widerstandsrecht ist nur ein Aspekt dieses Konflikts. Ein zweiter Schwerpunkt greift die Funktion von Vergangenheit als Argument in der politischen Kommunikation auf. Geschichtsschreibung diente der Identitätsfindung in Gruppen, aber auch der Traditions- und Mythenbildung; das Schreiben über die Vergangenheit ist so Teil einer zeitgenössischen Diskussion über die Legitimität von Herrschaft, einer Verfassung oder einer Gesellschaftsordnung.

Entsprechend den oben erwähnten theoretischen Grundlagen verstehen sich die im IGK laufenden Forschungsarbeiten weniger als Beitrag zur »traditionellen« Politikgeschichte oder zur Analyse der Kommunikation zwischen verschiedenen staatlichen Stellen, wie sie etwa in Gesandtschafts- oder Diplomatenberichten oder in der politischen Korrespondenz untersucht werden könnte. Die Sprache der Diplomaten, der politisch Herrschenden und ihrer Ideengeber steht somit ebenfalls weniger prominent im Vordergrund. Vielmehr ist die Kommunikation auf allen Ebenen der Gesellschaft Gegenstand der Untersuchungen, der politische Diskurs, der häufig vielleicht nur in einem begrenzten (regionalen) Raum stattfand.²³ Sprache und Politik sind nicht ausschließlich durch die Perspektive von oben bestimmt, sondern in der politischen Kommunikation finden sich die Stimmen der unteren, häufig leiseren Schichten der Bevölkerung wieder, die ebenfalls spezifische politische Sprachen entwickelten. Daraus ergibt sich eine deutliche Erweiterung des Politikbegriffs, der auf Gruppen ausgedehnt wird, die auf den ersten Blick unpolitisch erscheinen.²⁴ Beispielhaft hierfür stehen die Täufer, die generell als die »Stillen im Lande« und als abgesondert bezeichnet werden, die jedoch im Diskurs über Fragen des Widerstands gegenüber der Obrigkeit und der Toleranz präsent waren. Auch nicht-schriftliche Texte werden als sprachliche Äußerungen im politischen Kontext gesehen, beispielsweise das Theater oder der Film.²⁵ Verschiedene politische Sprachen, die zur Bewältigung zeitbezogener Ordnungsprobleme entwickelt wurden, werden also unter Berücksichtigung des zeitgenössischen Kontextes und zeitgenössischer Konventionen decodiert – im IGK unter einem gezielt diachronen (von der Antike bis in die politische Gegenwart), interdisziplinären und Gesamteuropa in den Blick nehmenden Ansatz.

Welche Perspektiven bietet das Internationale Graduiertenkolleg nun im speziellen für die historische Forschung zu den habsburgischen Ländern? In den ersten Arbeiten, die im Rahmen des IGK entstehen, kristallisiert sich vom Ansatz her eine Kombination von »Begriffsgeschichte« und »New Intellectual History« heraus, wobei der Gegensatz zwischen beiden theoretischen Modellen als nicht zu gravierend klassifiziert werden darf.²⁶ Margret Friedrich beispielsweise untersuchte unter begriffsgeschichtlichen Aspekten die Beziehungen zwischen der politischen »Zentrale« in Wien und den Ständen in Tirol im 18. Jahrhundert und kam dabei zu dem Ergebnis, dass die Kommunikation zwischen Tirol und Wien oft nicht funktionierte.²⁷ Die Untersuchung von juristischen Texten aus der zweiten Hälfte des 18. Jahrhunderts und von Quellen des Tiroler Landtages von 1790 offenbart, dass Begriffe wie »Land«, »Vaterland«, »Staatsbürger«, »Ausländer«, »Fremder«, »Herrscher« und »Landesfürst« von den Protagonisten in ihrer Bedeutung unterschiedlich verwendet wurden. Dies zeigt, »welch große Unterschiede sich in den Einstellungen, Sichtweisen und Denkhorizonten« in Tirol und in Wien manifestierten – man redete an-

einander vorbei. Die Folgen für die Integration peripherer Regionen in der späten Frühen Neuzeit liegen auf der Hand und lassen sich am Beispiel des Landtages von 1790 in Innsbruck verdeutlichen.

Ebenfalls für das 18. und für das 19. Jahrhundert haben Brigitte Mazohl-Wallnig und Thomas Wallnig die Argumentation mit Geschichte in den habsburgischen Ländern herausgearbeitet.²⁸ Ihren Erkenntnissen zufolge war die »große Erzählung« der österreichischen Geschichte, die ein territorial-dynastisches Konstrukt einer aus dem Reich herausgelösten »österreichischen Geschichte« umfasste, bereits im 18. Jahrhundert in seinen Grundzügen vorhanden. Eines der zentralen Elemente bildete dabei die konstruierte Kontinuität zwischen den Babenbergern und den Habsburgern.

Neue Perspektiven für die politische Kommunikation des Mittelalters lässt ein Fund erhoffen, den Josef Riedmann in einem Codex der Universitätsbibliothek Innsbruck machte.²⁹ Es handelt sich um etwa 200, bisher unbekannte Briefe der Staufer Friedrich II. und Konrad IV., die sowohl neues Licht auf die Regierungszeit und die Beziehungen der Kaiser werfen als auch auf die Rhetorik der Zeit um 1300 – die Briefe sind in einer Rhetoriksammlung überliefert und zeichnen sich durch einen prunkvollen und ausgefeilten Stil aus.

Anmerkungen

- 1 Die Zeit vom 10. März 2005, 57 f.
- 2 Kurze und übersichtliche Darstellungen zu den hier erwähnten Entwicklungen in der Geschichtswissenschaft in: Joachim Eibach u. Günther Lottes, Hg., Kompass der Geschichtswissenschaft, Göttingen 2002; Achim Landwehr, Geschichte des Sagbaren, 2. Auflage, Tübingen 2004; detaillierter vgl. Donald R. Kelly, Horizons of Intellectual History. Retrospect, Circumspect, Prospect, in: Journal of the History of Ideas 48 (1987), 143-169; Anthony Pagden, Rethinking the Linguistic Turn: Current Anxieties in Intellectual History, in: Journal of the History of Ideas 49 (1988), 519-529; Georg G. Iggers, Zur »linguistischen Wende« im Geschichtsdenken und in der Geschichtsschreibung, in: Geschichte und Gesellschaft 21 (1995), 557-570; Ernst Hanisch, Die linguistische Wende. Geschichtswissenschaft und Literatur, in: Wolfgang Hardtwig u. Hans-Ulrich Wehler, Hg., Kulturgeschichte Heute, Göttingen 1996, 212-230.
- 3 Vgl. zur neueren Forschung u.a. Ute Frevert u. Wolfgang Braungart, Hg., Sprache des Politischen. Medien und Medialität in der Geschichte, Göttingen 2004; Volker Depkat, Kommunikationsgeschichte zwischen Mediengeschichte und der Geschichte sozialer Kommunikation. Versuch einer konzeptionellen Klärung, in: Karl-Heinz Spieß, Hg., Medien der Kommunikation im Mittelalter, Wiesbaden 2003, 9-48; Werner Rösener, Hg., Kommunikation in der ländlichen Gesellschaft vom Mittelalter bis zur Moderne, Göttingen 2000.
- 4 Vgl. Rolf Reichardt, Lumières versus Ténèbres: Politisierung und Visualisierung aufklärerischer Schlüsselwörter in Frankreich vom XVII. zum XIX. Jahrhundert, in: Ders., Hg., Aufklärung und Historische Semantik, Berlin 1998, 83-170; Reinhart Koselleck, Begriffsgeschichte und Sozialgeschichte, in: ders., Hg., Historische Semantik und Begriffsgeschichte, Stuttgart 1979, 19-36, hier 24; zu Hobbes vgl. Quentin Skinner, Reason and Rhetoric in the Philosophie of Hobbes, Cambridge 1996.
- 5 Zit. nach: Ludwig Jäger, Sprache als Medium politischer Kommunikation, in: Frevert u. Braungart, Sprache, wie Anm. 3, 332-355, hier 332.

- 6 Vgl. hierzu als Überblick: Peter Burke, *Offene Geschichte. Die Schule der »Annales«*, Berlin 1991; sowie Marc Bloch, *Apologie der Geschichte oder Der Beruf des Historikers*, 3. Auflage, Stuttgart 1992; Lucien Febvre, *Das Gewissen des Historikers*, Berlin 1988.
- 7 Otto Brunner et al., Hg., *Geschichtliche Grundbegriffe. Historisches Lexikon zur politisch-sozialen Sprache in Deutschland*, 8 Bde., Stuttgart 1972-1997; als Entsprechung für Frankreich, jedoch von der Theorie her etwas anders ausgerichtet: Rolf Reichardt u.a., Hg., *Handbuch politisch-sozialer Grundbegriffe in Frankreich 1680-1820*, 20 Bde., München 1985-2000; vgl. auch: Christof Dipper, *Die »Geschichtlichen Grundbegriffe«*, in: *Historische Zeitschrift* 270 (2000), 281-308.
- 8 So in einem Interview mit Christof Dipper; vgl. *Begriffsgeschichte, Sozialgeschichte, begriffene Geschichte*. Reinhart Koselleck im Gespräch mit Christof Dipper, in: *Neue Politische Literatur* 43 (1998), 187-205, hier 188; grundlegend für die Begriffsgeschichte: Koselleck, *Begriffsgeschichte*, wie Anm. 4; neuere Forschungen zur Begriffsgeschichte in: Carsten Dutt, Hg., *Herausforderungen der Begriffsgeschichte*, Heidelberg 2003.
- 9 Unter anderem Kari Palonen hat in einer kürzlich erschienen Studie beide Theorien verglichen, zahlreiche Gemeinsamkeiten herausgearbeitet und unter anderem festgestellt, dass beide Ansätze durch ihre »Kritik der entpolitizierenden Politik« zur »Subversion der normativen politischen Theorie« beitragen. Vgl. Kari Palonen, *Die Entzauberung der Begriffe. Das Umschreiben der politischen Begriffe bei Quentin Skinner und Reinhart Koselleck*, Münster 2004, 12-15; vgl. auch: Dietrich Busse, *Begriffsgeschichte oder Diskursgeschichte? Zu theoretischen Grundlagen und Methodenfragen einer historisch-semantic Epistemologie*, in: Dutt, *Herausforderungen*, wie Anm. 8, 17-38, hier 18; neuere Aufsätze und Studien zum Vergleich von Begriffsgeschichte und »linguistic contextualism« in: Iain Hampsher-Monk u.a., Hg., *History of Concepts. Comparative Perspectives*, Amsterdam 1998.
- 10 Ein Vertreter dieser Richtung ist beispielsweise Martin van Gelderen, der gemeinsam mit Quentin Skinner einen Sammelband zum Thema »Republikanismus« herausgegeben hat. Vgl. Martin van Gelderen u. Quentin Skinner, Hg., *Republicanism. A Shared European Heritage*, 2 Bde., Cambridge 2002. Eine kürzlich publizierte Dissertation über die politischen Sprachen der verschiedenen konfessionellen Gruppen im England des 17. Jahrhunderts hat sich die Ansätze der »Cambridge School« ebenfalls zunutze gemacht: Sebastian Bartheleit, *Toleranz und Irenik. Politisch-religiöse Grenzsetzungen im England der 1650er Jahre*, Mainz 2003.
- 11 Vgl. zum Hintergrund in Cambridge: Melvin Richter, *Zur Rekonstruktion der Geschichte der Politischen Sprachen: Pocock, Skinner und die »Geschichtlichen Grundbegriffe«*, in: Hans Erich Böderker u. Ernst Hinrichs, Hg., *Alteuropa – Ancien Regime – Frühe Neuzeit. Probleme und Methoden der Forschung*, Stuttgart-Bad Canstatt 1991, 134-174, bes. 142-147; die grundlegenden Werke von Pocock und Skinner sind: John G. A. Pocock, *The Machiavellian Moment*, Princeton 1975; Quentin Skinner, *The Foundations of Modern Political Thought*, 2. Bde., Cambridge 1978. Weitere Vertreter der »Cambridge School« sind James Tully, Anthony Pagden, Terence Ball und John Dunn.
- 12 Zur Problematik der Verwendung des Begriffes »Diskurs«, vgl. Landwehr, *Geschichte*, wie Anm. 2, 65-68.
- 13 Vgl. beispielsweise Quentin Skinner, *Macchiavelli*, Oxford 1981.
- 14 Quentin Skinner, *Meaning and Understanding in the History of Ideas*, in: *History and Theory* 8 (1969), 3-53, hier 40; der Aufsatz wurde später mit weiteren Aufsätzen über Skinners Theorie noch einmal publiziert. Vgl. James Tully, Hg., *Meaning and Context. Quentin Skinner and his Critics*, Princeton 1988.
- 15 Die linguistische Kontextualisierung und die »Cambridge School« blieben nicht ohne Kritiker. Vgl. Mark Bevir, *The Errors of Linguistic Contextualism*, in: *History and Theory* 31 (1992), 276-198; Eckhart Hellmuth u. Christoph von Ehrenstein, *Intellectual History Made in Britain: Die Cambridge School und ihre Kritiker*, in: *Geschichte und Gesellschaft* 27 (2001) 149-172.
- 16 Vgl. Anm. 14.
- 17 Prominentes und häufig zitiertes Beispiel von Skinner ist in diesem Zusammenhang der Polizist, der einen Schlittschuhläufer auf einem gefährlichen See warnt, dass das Eis sehr dünn sei. Zum einen beschreibt der Polizist hier den Zustand des Eises, aber mit der Äußerung verbindet sich zudem ein illokutionärer Akt, indem der Schlittschuhläufer gewarnt wird. Vgl. Quentin Skinner, »Social Meaning« and the Explanation of Social Action, in: Tully, *Meaning*, wie Anm. 14, 83 f.

- 18 Vgl. hierzu den 1990 erschienen Aufsatz, in dem Pocock bereits einige Kritiken an seinem Konzept aufgreift: John G. A. Pocock, *The concept of language and the *métier d'historien*: some considerations on practice*, in: Anthony Pagden, Hg., *The Languages of Political Theory in Early-Modern Europe*, Cambridge 1990, 19-38.
- 19 Mit dem IGK wird in Österreich zum ersten Mal die Vernetzung von Geisteswissenschaftlern in einem Graduiertenkolleg auf einer europäischen Ebene erreicht. Die Stipendiaten arbeiten im Verlauf ihres Doktorats an zwei verschiedenen Universitäten, schauen über ihren eigenen »Universitäts-horizont« hinaus und erhalten ihre Diplome dann auch von diesen zwei Universitäten. Weitere Informationen: <http://www2.uibk.ac.at/geschichte/igk/graduiertenkolleg.html> (13.9.2005)
- 20 So die Formulierung im DFG-Antrag des IGK »Politische Kommunikation von der Antike bis ins 20. Jahrhundert«, 9.
- 21 Vgl. beispielsweise: Quentin Skinner, *Language and political Change*, in: Terence Ball u.a., Hg., *Political Innovation and Conceptual Change*, Cambridge 1989, 6-23.
- 22 DFG-Antrag des IGK, wie Anm. 20, 20 f.
- 23 Zu »traditionellen« Untersuchungen des »öffentlichen Sprachgebrauchs« und zur Sprache der Herrschenden, vgl. etwa: Dietrich Busse, *Öffentliche Sprache und politischer Diskurs. Anmerkungen zu einem prekären Gegenstand linguistischer Analyse*, in: Hajo Diekmannshenke u. Iris Meißner, Hg., *Politische Kommunikation im historischen Wandel*, Tübingen 2001, 31-55.
- 24 Vgl. James Farr, *Understanding conceptual change politically*, in: Ball, *Innovation*, wie Anm. 21, 24-49; zur Diskussion über Politikgeschichte an sich, vgl. Thomas Nicklas, *Macht – Politik – Diskurs. Möglichkeiten und Grenzen einer Politischen Kulturgeschichte*, in: *Archiv für Kulturgeschichte* 86 (2004) 1-25.
- 25 Zu den genannten Themen laufen im IGK folgende Projekte: Astrid von Schlachta, *Toleranz und Obrigkeit – Der Beitrag der konfessionell devianten Untertanen*; Barbara Lubich, *Tanzen in der DDR. Die politische Körpersprache in der Gunst eines totalitären Systems*; Federica Dalla Pria, *Mussolinis und Hitlers Bild in der Wochenschau*.
- 26 Hier sei noch einmal auf die neueren Arbeiten von Palonen, wie Anm. 9 und den Sammelband von Dutt, *Herausforderungen*, wie Anm. 8 verwiesen.
- 27 Margret Friedrich, *Zwischen Länder-Eigen-Sinn und Gesamtstaatsidee. Eine begriffsgeschichtliche Untersuchung zum Tiroler Landtag 1790*, in: *Geschichte und Region/Storia e regione* 31 (2004), 171-196, hier 194.
- 28 Brigitte Mazohl-Wallnig u. Thomas Wallnig, *(Kaiser)haus – Staat – Vaterland? Zur »österreichischen« Historiographie vor der Nationalgeschichte*, in: Brigitte Mazohl-Wallnig, Hg., *Nationalgeschichte als Artefakt*, erscheint Wien 2006 im Verlag der Österreichischen Akademie der Wissenschaften.
- 29 Vgl. Josef Riedmann, *Von Treue, Trost und Brückenbau*, in: *Süddeutsche Zeitung* vom 19. Juli 2005, 14.